

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Herter, Hottelinger-Gasse
Rathhofstr. 2.
Postsendungen
franco gegen franco.
Werbliche Briefe
nach der Schweiz lassen
Toppapier.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag u. d.
dessen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontant)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontant)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kontant)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Län-
der (Kontant).
Inserate
Die dreizehnpennige Zeile (11
25 Lit. — 20 Wg.)

N^o. 12.

Donnerstag, 16. März.

1882.

Lesen an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Vorkaufe notwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel veräußert werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierin einseitig, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unbedenkliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich deshalb größter Eile bei Rückmeldung. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Briefe noch Rollen sperren, um teils aller entgegengesetzten Schwärzungen den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienoffen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Gedenktage des Proletariats. 1848. Der 18. März. 1871.

Mit unvergänglichen Zeichen ist er in unsere Herzen eingeschrieben, der Tag, an welchem im Jahre 1848 das Volk von Berlin mit den Waffen in der Hand für seine Freiheit kämpfte, an welchem im Jahre 1871 das Pariser Proletariat entschlossen den Kampf aufnahm gegen die vereinigten Ausbeuterparteien. Wohl war es nicht das Proletariat, welches in der Revolution des Jahres 1848 zur Geltung gelangte, seine Zeit war noch nicht gekommen, aber es kämpfte schon damals in den vordersten Reihen, mit seinem Herzblut stand es ein für die Bekämpfung des Absolutismus. Proletariatskämpfe waren es, wie Herwegh singt, welche sich zuerst an's Werk der Befreiung gemacht, Proletariatskämpfe, vor denen der zitternde Preußentönig sein entblößtes Haupt demütig beugen mußte!

Wie in allen Kulturstaaten strebte auch in Preußen das Bürgertum, die Bourgeoisie, nach der Herrschaft — Alleinherrschaft wenn möglich, Mit Herrschaft auf jeden Fall, war ihre Parole — auf den Barricaden aber, auf den Schlachtfeldern finden wir sie nicht, da kämpfen Schulter an Schulter nur Arbeiter und Studenten.

Geht hinaus zu den Gräbern in Friedrichshain zu Berlin und studiert die Grabsteine der Barricadenkämpfer, und Ihr werdet es bestätigt finden!

Arbeiter und Studenten! Das war die Signatur der damaligen Zeit. Die Söhne der Bourgeoisie sahen ihre Eltern unzufrieden mit den politischen Verhältnissen, sogen von ihnen ein den Geist der Opposition. Aber wenn die Jugend sich auflehnt gegen das Bestehende, so bleibt sie nicht auf halbem Wege stehen, sie stürmt, unbefürchtet um alle engherzigen Sonderinteressen, vorwärts, sie kämpft nicht für sich, sie kämpft für eine Idee, für ein Ideal. Die Alten sprachen von Freiheit und Verstand darunter Anteil an der Herrschaft, für die Jungen aber hieß die Freiheit die Freiheit des gesammten Volkes.

Die Jugend griff die Errungenschaften der Wissenschaft mit feurigem Enthusiasmus auf, sie begnügte sich nicht damit, die alten Götter zwar zu kritisieren, aber doch hübsch weiter anzubeten, sie schreckte nicht auf halbem Wege zurück, sondern zog die letzten Konsequenzen und stürzte das als unheilbar Erkrankte. Die Alten waren „aufgeklärt“, die Jungen waren Atheisten; die Alten waren liberal, die Jungen waren Demokraten; die Alten waren konstitutionell, die Jungen waren Republikaner.

Und darum kämpfte die deutsche Jugend damals an der Seite der Arbeiter, wie heute in Rußland die besten Elemente der Jugend als die Vorkämpfer der Arbeiter kämpften. Die wenigen Männer aus den „besseren“ Ständen, welche heute ihr Klasseninteresse hintenansetzen und sich voll und ganz zur Sozialdemokratie zählen, gehören fast sammt und sonders zu den „Jungen“ des Jahres 1848, oder sind unter dem Einflusse der Traditionen desselben aufgewachsen. Seit aber die Bourgeoisie sich der Tage schämt, an welchen sie zur politischen Herrschaft gelangte, seitdem ist auch ihre Jugend „praktisch“ geworden. Und man kann ihr nicht nachsagen, daß sie nicht wiederum die Alten an Konsequenz übertrifft. Den Studenten von 1848 war das liberale Professorenthum zu reaktionär, die Studenten von heute bilden den Heerban eines Stöcker!

Die Arbeiter aber, welche gleich der Jugend nicht auf halbem Wege stehen geblieben waren, sondern die demokratische Republik auf ihre Fahne geschrieben, welche ihr Herzblut eingesetzt hatten für die Erringung der bürgerlichen Freiheit, die Arbeiter, verkauft und verrathen von denen, in deren Interesse sie geblutet, sind heute mehr denn je die Träger des revolutionären Gedankens.

Die Revolution von 1848, welche die Bourgeoisie zur Herrschaft brachte, wird heute nur noch von der Partei des Proletariats gefeiert. Der einzige liberale Verein in Berlin, der noch alljährlich wenigstens der Gefallenen des Volkes gedenkt und ihnen einen Kranz widmet, ist — der Berliner Arbeiterverein. Ohne sich dessen bewußt zu sein, legen diese Arbeiter dadurch Zeugnis dafür ab, wie eng auch heute der Gedanke der Revolution mit der Arbeiterklasse verbunden ist. Die Arbeiterklasse ist die Klasse der Revolutionen des 19. Jahrhunderts.

Daß das revolutionäre Proletariat im Jahre 1848 nicht zum Siege gelangte, ist weder Schuld der Infamie seiner Gegner, noch der Unfähigkeit oder Uneinigkeit der eigenen Führer. Nicht erst in der Junischlacht ist das Pariser Proletariat besiegt worden, es war schon geschlagen, als die Arbeiter, von den Barricaden herabgestiegen, wo sie mit Heldemuth die Republik erkämpft hatten, ihre Geschicke einer provisorischen Regierung anvertrauten, die nicht aus ihrer Mitte hervorgegangen war, nicht aus ihnen ihre Kraft und Existenzberechtigung zog. Das Dekret, welches die Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieb, war die Kriegserklärung der bürgerlichen Elemente an das Proletariat, die Nationalversammlung, welche am 4. Mai zusammentrat, war der Generalstab seiner Feinde; am 15. Mai versuchten seine Führer, Blanqui voran, diesen Generalstab auseinanderzureißen, bei welcher Gelegenheit sie selbst beiseite gelassen wurden, in der Junimegelei mußten 20,000 Arbeiter die hochherzigen Missionen der Februartage mit ihrem Leben büßen, weitere 15,000 werden als „Feinde der gesellschaftlichen Ordnung“ ohne Urtheil deportirt.

Mit dem Augenblick aber, wo es die eigentlichen Träger der Revolution vom Schauplatz verdrängt, macht das Bürgerthum der Revolution überhaupt den Garau, ebnet es dem gewissenlosen Staatsstreichbanditen Louis Napoleon den Weg, und die Februarrevolution endet mit der Wiederaufrichtung von Thron und Altar. Die „Ordnung“ wird wieder hergestellt, aber — der Kreis der herrschenden Klassen hat sich erweitert, die Bourgeoisie hat ihren Kompromiß geschlossen, sie regiert nicht, aber sie herrscht.

In Deutschland sehen wir dieselbe Entwicklung vor sich gehen, nur den veränderten historischen Ueberlieferungen, der zurückgebliebenen ökonomischen Entwicklung gemäß, unter anderen Formen. Auch in Deutschland hatte das kämpfende Proletariat sofort nach dem Kampfe dem Bürgerthum die Führung überlassen, und zwar bedingungslos; und noch eiliger als das französische hatte das deutsche Bürgerthum sich von den Arbeitern losgelöst, den rein bürgerlichen Charakter der Bewegung proklamirt. Deshalb erfolgte auch der Kagenjammer viel schneller, die angestammten Herrscher von „Gottes Gnaden“ blieben auf den Thronen oder behielten sie wenigstens „in der Familie“. Der „Bruch mit der Revolution“ geschah so perfekt, daß die Vorkämpfer der liberalen Bourgeoisie bald von einem „bellagenerwerthen Mißverständniß“, welches den Straßenkampf verursachte, freilassen. Allerdings hatten sich die schönen Seelen, Königthum und Bourgeoisie, gründlich verkannt, die Barricadenkämpfer aber hatten sich im Königthum nicht getäuscht, sie mißverstanden nur die Bourgeoisie.

Diese aber hatte trotz ihrer schmällichen Niederlage ihr Ziel erreicht. Sie war zwar nicht der Form nach herrschende Klasse geworden, wohl aber dem Wesen nach; sie prägte der Zeit ihren Stempel auf. Die „Reaktion“ der fünfziger Jahre konnte ihr nichts anhaben, sondern verbesserte nur ihre Position, 10 Jahre nach Besiegung der Revolution beginnt die „liberale Aera“.

Diejenigen Fragen, welche einer Revolution nicht anscheinend, sondern in Wahrheit zu Grunde liegen, werden, wie immer der äußere Verlauf sich gestalten mag, stets durch dieselbe gelöst. Die Revolution von 1848 fand zwar das Proletariat schon auf dem Kampfplatze, aber ihre Aufgabe war nicht seine Befreiung, sondern die Beseitigung aller Schranken, welche der Entwicklung des Bürgerthums noch im Wege standen, die Dienstbarmachung aller gesellschaftlichen Kräfte zu Gunsten der industriellen Bourgeoisie. Soweit dazu die größere Bewegungsfreiheit des Proletariats gehörte, gelangte auch diese zur Verwirklichung.

Je mehr aber die industrielle Bourgeoisie an Macht und Einfluß gewinnt, um so stärker wird auch das industrielle Proletariat; 1848 trotz seiner revolutionären Energie zum Theil noch in kleinbürgerlichen Vorstellungen befangen, streift es die letzteren immer mehr ab und wird zur bewußten gesellschaftlichen revolutionären Klasse. Und im Augenblick, da die Bourgeoisie sich dem Königthum gegenüber wieder stark genug glaubt, um ihm ihre Bedingungen zu diktiert, gewahrt sie zu ihrem Schrecken hinter sich den jungen Riesen, der ihr zuruft: Halt, ich bin auch noch da! Die Folge ist ein neuer Kompromiß mit König- und Junkerthum. Immer größer aber wächst der Riese heran, immer mehr wird er sich seiner Kraft und seiner revolutionären Mission bewußt, jetzt ist er es, der furchtlos allen Elementen der herrschenden Klassen, allen Stützen der alten Ausbeuterklasse gleichzeitig den Krieg erklärt. Eure Zeit ist um, ruft er ihnen zu, die Tage Eurer Herrschaft sind gezählt!

Wir sind die Kraft, wir hämmern jung
Das alte morische Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Borne sind
Bis jetzt das Proletariat!

Und von nun an ist nur eine Revolution noch möglich, die proletarische.

1871.

Der Mann des Staatsstreichs, der „Retter der Gesellschaft“, war bei Sedan gefangen genommen worden, die Stadt Paris wurde von den Deutschen belagert. Die Arbeiter, welche

bei Beginn des Krieges gegen denselben protestirt hatten, waren jetzt, wo es galt, den fremden Eindringling aus dem Lande zu verjagen, die gewaltsame, gegen den Willen ihrer Bewohner geforderte Annexion zweier Provinzen zu verhindern, freudig bereit, Blut und Leben auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Aber die Führer der Bourgeoisie fürchteten das siegreiche Proletariat mehr als den siegreichen Feind. Mit nutzlosen Demonstrationsausfällen wurde das kampfbereite Volk hingehalten, und als es, durch Hunger und Elend auf's Aeußerste getrieben, sich gegen die verrätherischen Heerführer zu wenden drohte, schleunigst mit dem Feinde paktirte. In der Nacht vom 17. zum 18. März machten die Ordnungsbanden den Versuch, im Interesse der „Nation“ der Pariser Nationalgarde ihre Geschütze zu stehlen. Die Diebe wurden ertappt, davongejagt, und schrien nun laut: Das Eigenthum ist in Gefahr! Die Nationalversammlung, im Begriff, den schimpflichen Frieden abzuschließen, beschuldigte das Pariser Volk, welches sich zum Kampf gerichtet hält, mit den „Preußen“ im Einverständniß zu handeln. Selbst damit beschäftigt, der Republik den Garau zu machen, jammerte sie: Bonapartistische Agenten revolutioniren Paris, um die Republik zu kompromittiren.

Im Volk von Paris aber, das sich nach den vielen Entbehrungen, die es hatte erdulden müssen, so schändlich verrathen sah, loderte der lange schon gehegte Groll zur Flamme der Empörung auf. Es hatte in Waffen bleiben wollen, um das Vaterland gegen den fremden Feind verteidigen zu können, jetzt griff es zu den Waffen, um die Republik zu verteidigen gegen den Feind im Inneren, gegen Bourgeoisie und Krautjunkerthum.

Die Pariser Bourgeoisie flüchtete nach Versailles, Kleinbürgerthum und Proletariat proklamirten die Kommune von Paris! Anfangs ist es das Kleinbürgerthum, welches derselben seinen Charakter ausdrückt, je eruster aber der Kampf wird, um so mehr tritt es in den Hintergrund, bis schließlich in den blutigen Mattagen das Proletariat allein gegen die Koalition der herrschenden Klassen kämpft, ihrer Uebermacht unterliegt und mit bestialischer Grausamkeit abgeschlachtet wird. Die „glorreichen“ Sieger waten triumphirend im Blute der Besiegten, das französische Proletariat liegt entkräftet am Boden!

Aber gerade die Charwoche des Pariser Proletariats, die letzten Tage der Kommune sind es, welche ihr Andenken den Arbeitern aller Länder untergeht gemacht haben. Die Kommune selbst, ihre Akte und ihre Kämpfe gehören heute der Geschichte an, die Geschichte hat zu kritisieren, und die Sozialdemokratie hat am wenigsten Grund, die Kritik der Kommune zu verfechten. Die Pariser Kommune war nicht die geplante Schöpfung einer politischen Verschwörung, sondern ein Kind des Augenblicks, eine Erhebung zur Verteidigung, nicht zum Angriff. Nicht ihre Anhänger proklamirten sie als eine Klassenbewegung, sondern erst in ihrem Verlaufe nimmt sie diesen Charakter an; ihr Sozialismus, wenn überhaupt davon die Rede sein kann, war ein sehr unbestimmter. Ihre Führer, in verschiedenen Phasen der Bewegung berufen, gehören den verschiedensten politischen und sozialen Schulen an, vom sozialistischen Arbeiter bis zum handwerksmäßigen Revolutionsabenteurer. Alles das erklärt die Mißgriffe, die Schwächen und Inkonsequenzen, denen wir in den Akten der Kommune begegnen, zur Genüge, erklärt uns, warum die Kommune, selbst wenn sie sich militärisch hätte halten können, zu Grunde gehen mußte. Vor diesem Schicksal hätten sie auch alle möglichen Lynch- und Einschüchterungskolonnen nicht bewahrt, von deren Existenz, nach der Ansicht anarchistischer Errevolutionäre, das Schicksal jeder Revolution abhängt.

Nein, der ausgebreitetste Terrorismus kann den Mangel einer kompakten Organisation der Massen, eines klaren bestimmten Zieles nicht ersetzen, und ohne diese kann man unter Umständen wohl einen ins Wanken gerathenen Thron umstürzen, einige oder mehrere Leuteshinder aufhängen, nicht aber die Umwälzung der ganzen gesellschaftlichen Ordnung in Angriff nehmen. Letzteres aber ist die Aufgabe des modernen Proletariats. Um sie durchzuführen zu können, muß es vor allen Dingen wissen, wo es den Hebel anzusetzen hat. In dieser Beziehung sind nun die französischen Arbeiter vor 1870 von Proudhonisten, Mutualisten u. s. w. in unerhörtester Weise mißgünstigt worden. Man hat ihnen von Gegenseitigkeitsklassen, von Tauschbanken, von Kreditoperationen und allem Möglichen gesprochen, die kommunistische Forderung der Besitzergreifung der Arbeitsmittel von Seiten der Gesellschaft aber auf jede Weise perhorrescirt. Daher die gutgemeinten aber gänzlich unzulänglichen sozialen Maßregeln der Kommune, deren weitgehendste das Dekret war, welches die von ihnen Besitzern verlassenen Werkstätten den Arbeitern zur Verfügung stellte, quasi als Strafe dafür, daß die Exerzierer ihr Ausbeuterhandwerk nicht auch unter der Kommune fortsetzten.

Aber dies Meer von Blut, mit welchem das Pariser Proletariat seine hochherzigen Illusionen bezahlet hat, ist nicht umsonst geflossen. Heute, 11 Jahre nach Niederwerfung der Kommune, sehen wir an Stelle der vielen Sekten und Sektchen in Frankreich eine revolutionäre Arbeiterpartei, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, mit einem bestimmten kommunistischen Programm sich organisiren. Gerade weil ihr Programm bestimmt ist und keine Zweideutigkeiten duldet, ist ihr March ein langsamer als es der Bewegung der sechziger Jahre war, aber er ist ein sicherer.

In Deutschland ist die Sozialdemokratie seit mehr als drei Jahren durch ein infames Ausnahmegesetz unterdrückt; Recht und Gesetz existiren nicht für sie. Trotzdem aber sehen wir sie heute noch ebenso gefährlich wie vor dem Ausnahmengesetz; ihre Organisation ist ungedrückt, ihre Lebenskraft und Kampffähigkeit nicht geschwächt, sie, die unterdrückte Partei, zwingt die Gegner immer wieder, sich mit ihr zu befassen und ihr so wider Willen immer neue Kräfte zuzuführen. Noch nie hat eine unterdrückte Partei das geleistet, was die deutsche Sozialdemokratie seit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes und insbesondere im letzten Wahlkampfe geleistet hat; noch nie ist ein verbotenes Organ unter so schwierigen Umständen in so großer Anzahl und so regelmäßig verbreitet worden als das Organ der deutschen Sozialdemokratie, trotz dem kolossalen Elend, in welchem ihre Anhänger leben!

Dieses glänzende Resultat ihrer propagandistischen Thätigkeit dankt die deutsche Sozialdemokratie ihrem Programm und ihrer Organisation. Ihr Programm schützt sie vor jeder Vermischung mit anderen, vor jedem Aufgehen in Zwitterpartei. Ihre Organisation, die in keinen Satzungen niedergelegt ist, vielmehr allen Gesetzen trotzt, ist das Pflichtgefühl, die Disziplin, der Geist der Solidarität, der von Anbeginn an in der Partei gepflegt worden ist. Man hat ihn verdächtigt, ihn einen militärischen Geist genannt, lassen wir uns dadurch nicht beirren. Wenn die Disziplin in unserer Partei militärisch ist, so ist sie es im besten Sinne, denn sie beruht nicht auf slavischer Unterwürfigkeit, sondern auf freier, selbstbewusster Ueberzeugung. Die deutschen Sozialisten lassen sich so wenig als die Sozialisten irgend eines Landes von ihren Führern leithammeln, aber sie lassen ihre selbstgewählten Führer nicht im Stich!

Von diesem Geiste befeelt, und von der Wichtigkeit ihrer Grundsätze durchdrungen sind die deutschen Sozialisten allen Ereignissen gewachsen, werden sie allen Verfolgungen trotzen.

Der soziale Druck lastet schwer auf dem deutschen Volke, seine Abgaben werden von Jahr zu Jahr erhöht, die Löhne sinken beständig. Wer es vermag, wandert aus, die ganz Armen bleiben zurück, die soziale Ungleichheit wird dadurch noch vermehrt. Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung, auf den allgemein gehofft wurde, bleibt aus, verschiedene Industriezweige, die sich gehoben, gehen schon heute wieder zurück, die Ueberproduktion ist chronisch geworden.

Das sind Zustände, die mit Gewalt auf Abhilfe dringen. Mit Scheinreformen läßt kein Volk sich auf die Dauer hinhalten, am allerwenigsten ein zur Erkenntnis seiner Klassenlage gelangter Arbeiterstand.

Wenn aber das deutsche Volk endlich seine Geduld verliert, und mit dem Rufe

Wir haben lang genug geharrt,

Man hat uns lang genug genarrt

sich zum Gefecht stellt, mit seinen Bedrängern Abrechnung zu halten, dann, seid dessen gewiß, Ihr, die Ihr es heute verspottet ob seiner Languuth, dann wird es nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Erinnern wird es sich der Märztage, erinnern wird es sich der Pariser Kommune, deren Schicksal ihr drohend vorschweben wird, und ganze Arbeit wird seine Parole sein. Ganze Arbeit! beim Ausrotten der Niedertracht, ganze Arbeit! bei Bekämpfung des Aberglaubens, ganze Arbeit! bei Beseitigung der Ausbeutung!

Ganze Arbeit! Das wollen wir uns geloben am Jahrestag des Straßenkampfes in Berlin und der Kommune von Paris!

Aus der Rede des Abgeordneten Kayser

über

den liberalen Haftpflicht-Gesetz-Entwurf.

gehalten am 19. Januar 1882.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

(Schluß.)

— Meine Herren, ich stehe natürlich auf dem Standpunkt, daß der Industrieunternehmer für allen Schaden in seinem Industriebetrieb aufzukommen hat. So gut wie er die Verantwortung für sein Betriebs- und Anlagekapital trägt, wie er jeden Schaden an der Maschine aus seinem Unternehmungsvermögen voll decken muß, so muß er auch den Arbeiter, den er in seinem Unternehmen beschäftigt, der ihm ja nur hilft als Element der Produktionskosten, allein aus seinem Vermögen entschädigen, und die Verloren erleidet ihm ja die Sache schon, so daß er nur bis 50 Prozent resp. 66 2/3 Prozent aufzukommen hat.

Ich würde mich ja für den Staatszuschuß erklären, — und meine Partei und ein Theil der äußersten Rechten hat schon in der vorigen Session, um den Arbeiter von der Prämienzahlung zu befreien, dafür gestimmt, — wenn wir im Reich eine selbständige Steuer hätten, und ich erkenne das mit dem Herrn Abgeordneten von Starobinski vollkommen an, daß es ein Uebel ist, daß heute große Kreise diese Last nicht mittragen, die eigentlich sie zu tragen verpflichtet sind. Mir ist bekannt, daß sehr viele Leute, nachdem sie aus dem Geschäft Hunderttausende und Millionen gezogen haben, sich vom Geschäft zurückziehen, die Uebrig gelassen und als Rentiers leben. Warum sollen diese nicht mit an den Lasten beteiliget werden? Warum sollen die Menge Bankiers, die aus der Vermittelung des Geldverkehrs, der Produktion leben, nicht mitbelaftet werden? Allein wir haben im Reich keine selbständige Steuer, vielmehr eine Steuerreform, die vorzugsweise den Ärmern belastet, und aus dem Grunde würde der Staatszuschuß, im Rahmen des heutigen Steuer-systems, vorzüglich die Ärmere Bevölkerung belasten, obwohl ich sagen muß, daß sich der Herr Abgeordnete Dr. Koster doch täuscht, wenn er glaubt, daß bei einem solchen Staatszuschuß für einen Stand die anderen Stände bezahlen. Wenn wir uns den Entwurf ansehen und alle die Kategorien, welche in den Entwurf hineingezogen werden, zählen, so muß man sich sagen, daß schließlich zwei Drittel des Volkes es sind, die unter diesem Entwurf stehen.

Meine Herren, es ist dann aber von dem Herrn Abgeordneten Koster gestern noch gesagt worden, er sei gegen den vorläufigen Entwurf gewesen, weil er ihm ja sozialistisch gewesen sei; der Entwurf sei deshalb wie vorliegend von der liberalen Partei ergänzt worden, um das Monopol der Versicherungsanstalt zu beseitigen. Er hat es als Nothwendigkeit der Kulturentwicklung bezeichnet, daß man zum Individualismus gelangt, damit zur Selbstständigkeit und Freiheit komme, und dann sei es aus. Ich muß sagen, daß ich diese herrliche Auffassung für nicht ganz zu-

treffend erachte; ich bin überzeugt, daß aus den früheren Privilegien naturgemäß der Individualismus erwachsen müssen, daß sich aber auf dem Grunde des liberalen Individualismus ein System ausgebildet hat des Eigennutzes und der Selbstherrlichkeit; und so sind aus diesem System die Uebel entstanden, welche heute die große Masse des Volks besonders drücken. Von Selbstherrlichkeit und Freiheit darf auf liberaler Seite gar nicht die Rede sein. Die Massen des Volks sind abhängig geworden von der individualistisch sich darstellenden Geldmacht. Aus dem Individualismus, so liegt die historische Entwicklung, muß sich der Sozialismus weiter entwickeln, denn er enthält erst gemeinsame Freiheit und gemeinsamen Lebensgenuß.

Meine Herren, ich muß mich aber dann auch noch gegen den Herrn Abgeordneten Dr. Buhl wenden, der gestern von Arbeitern behauptet hat, daß es zu einem großen Theil an den Arbeitern selbst liege, daß es ihre Nachlässigkeit sei, wenn sie in den Fabriken verunglücken oder sich verkränken. Meine Herren, wer je diesen Kreisen nahe gestanden, weiß erstens, daß, wenn man lange bei einer Arbeit ist, man mit der Gefahr vertraut wird; er weiß ferner, daß der Arbeitsverdienst davon abhängt, daß nicht eine zu große Mangelhaftigkeit seitens der Arbeiter beobachtet wird; er weiß weiter, daß der Arbeiter von dem Fabrikherrn oder dessen Stellvertreter schief angesehen werden würde, wenn er sich nicht mit der Gefahr vertraut zeigte. Ich habe es niemals bemerkt können, daß eine absichtliche Nachlässigkeit die Hauptursache der vielen Unglücksfälle gewesen wäre. Fragen Sie nur bei den Ärzten, die der Sache nahe stehen, bei den Kassendirektoren an, dann werden Sie stets hören, daß schließlich im Laufe der Zeit eine Menge von Umständen eintreten, welche oft die Unglücksfälle herbeiführen, aber nirgends läßt sich behaupten, daß vorzüglich die Nachlässigkeit der Arbeiter Unglücksfälle herbeiführt hat. Aus diesem Grunde ist auch die Aufschauung, welche die Fortschrittspartei im Gegensatz zu den Nationalliberalen vertritt, daß der Begriff des großen Verschuldens nicht in den Gesetzentwurf gehöre, vollkommen gerechtfertigt. Bringen Sie erst das große Verschulden in den Entwurf, dann ist jede Möglichkeit, daß der Unfallkommissar noch einen Ausgleich herstellt, aufgehoben, dann wird in jedem Falle ein Prozeß entstehen. Denn wer soll entscheiden, ob nur ein Unglücksfall vorliegt oder ein großes Verschulden des Arbeiters. Aber wir müssen wiederholt Bewahrung dagegen einlegen, nämlich gegen die Tendenz, die sich jetzt wiederholt öffentlich gezeigt hat, den Arbeitern gegenüber zu behaupten, als ob sie mit einer gewissen absichtlichen Nachlässigkeit diese Unglücksfälle herbeiführen. Außerhalb dieses Hauses ist sogar von sogenannten „Arbeiterfreunden“ behauptet worden, daß die Arbeiter absichtlich sich selbst verkränken. Wo sind diese Fälle vorgekommen? Einzelne Verhöre kann man nicht der ganzen Klasse anrechnen; solche Verhöre kommen in allen Klassen vor, ohne daß man behaupten dürfte, der ganzen Klasse sei dieselbe Schleichheit zuzurechnen. Der Arbeiter, der weiter nichts hat, als seine Arbeitskraft, der aus Grund dieser Arbeitskraft seine ganze Lebenseristenz findet, wird niemals absichtlich große Nachlässigkeit entwickeln oder sich absichtlich verkränken.

— Meine Herren, was nun unsere Stellung zu dem Entwurf angeht, so würden wir denselben, wenn er wirklich Gesetzentwurf wäre, und wenn wir nicht, ich wiederhole es, die Empfindung hätten, daß es nur eine Demonstration der liberalen Partei gegen den vorläufigen Regierungsentwurf sein soll, annehmen und zwar annehmen, weil er den Vortheil enthält, daß er neue Kategorien hereinbringt, daß in jedem Fall Entschädigung gezahlt wird, daß der Arbeitgeber allein die Prämie trägt. Doch das steht fest, was gestern auch schon liberalerseite ausgedrückt worden ist, daß der Arbeiter sich selbst mit einem Entwurf, der noch mehr Verbesserungen enthält, der Gesetzgebung gegenüber noch immer nicht für betriegt halten könnte.

Meine Herren, das müssen wir an dieser Stelle aussprechen, daß die ganze jetzige Gesetzgebung in Bezug auf die Wahrnehmung des Arbeiterwohls doch die Tendenz hat, sich immer nur dann des Menschen anzunehmen, wenn er bereits elend und unglücklich geworden ist, nicht aber die Tendenz hat, die wir für wichtiger halten, überhaupt zu verhüten, daß die große Menge unglücklich und elend werden kann. Es hat der Herr Abgeordnete Dr. Koster uns gestern ganz richtig gesagt, die Arbeiter werden später noch andere Forderungen erheben, und mit Recht; denn mit dem Essen kommt der Appetit.

(Heiterkeit.)

— Meine Herren, weiter ist von dem Herrn Abgeordneten Dr. Koster behauptet worden, wir, ich und meine Freunde, gerieten uns hier ganz besonders als Arbeitervertreter, als Vertreter einer Klasse von Bürgern; er und seine Freunde seien Vertreter des ganzen Volkes. Das steht ja auch in der Verfassung, ist jedoch nur eine Fiktion, wie es derartige Fiktionen viele in der Verfassung gibt. Aber das steht fest, daß gewisse Interessen hart werden, und daß auf Grund dieser Interessen sich bestimmte politische Parteien bilden, und daß, wenn man auch nicht das rechte Bewußtsein davon hat, man doch bei einer bestimmten sozialpolitischen Stellung auch ganz bestimmte Interessen wahrnimmt. Daß sich davon auch die liberale Partei nicht trennen kann, das, glaube ich, hat uns die vergangene Gesetzgebung bewiesen. Ich brauchte nur einzelne Gesetze anzuführen, aber ich brauche gar nicht darauf zu verweisen. Es genügt, wenn ich der Haltung des Herrn Koster und seiner Freunde nach rechts hin gegenüber den politischen Behinderungen der Arbeiter erwähne; denn damit ist bewiesen, daß er und seine Freunde sich nicht als Vertreter des ganzen Volkes fühlen können.

(Oh! links.)

— Eine Partei, die in Preußen das Klassenwahl-system aufrecht erhält, die bei der Gemeindevertretung nur den Besitz in die Gemeindevorstellung hineinbringt und die Anträge auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts abgelehnt hat, eine solche Partei hat kein Recht, uns gegenüber zu behaupten, sie verrette das ganze Volk.

(Oh! links.)

Eine solche Partei vertritt meinerhalten in Preußen die erste und zweite Abtheilung; die dritte Abtheilung, die Menge, hat sie niedergedrückt, loszusagen ausgeschlossen. Diese Thatfachen müßte ich anführen, weil sich die Liberalen uns gegenüber als Vertreter des ganzen Volks hingestellt haben.

Meine Herren, ich sage also zum Schluß, daß wir gegenüber dieser Art von Gesetzgebung uns freuen, wenn Rücksicht auf das Interesse der Arbeiter genommen wird; wenn man wenigstens den äußersten Nothständen der Arbeiter abhelfen sucht; und wenn das vorhandene Schlimme nur weniger schlimm gemacht wird, sind wir gern bereit, mitzuhelfen. Daß wir uns dabei nicht befriedigen können, habe ich schon ausgeführt, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß wir keine Gnade wollen, sondern Recht, und kein Almosen wollen, sondern vollen Anspruch auf den Lebensgenuß erheben im Rahmen der Arbeiter; dann erst wird Befriedigung unter den Arbeitern eintreten können.

(Zuruf links.)

— Der Abgeordnete Koster ruft mir zu, ob ich auch ein Arbeiter bin. Darauf kommt es nicht an. Ich bin von Arbeitern gewählt, im Gegensatz zu den Freunden des Herrn Koster und was daran hängt. Ich rede den Arbeitern nahe, liebe und strebe mit ihnen, und wenn der Abgeordnete Koster sich besonders anführt als Vertreter der bürgerlichen Klasse und der bürgerlichen Freiheit, so habe ich in Bezug darauf auch nie nach seinem Verus gefragt und gefragt, ob er ein so echter und rechter Bürger sei. Das ist einmal von dem Reichsfanzler gegenüber dem Abgeordneten Koster geschehen, und er hat sich außerordentlich dagegen gewehrt. Es kommt darauf an, auf Grund welcher Interessen man gewählt ist, welche Interessen zu vertreten man versprochen hat und welchen Kreisen man nahe steht. Sie vertreten nicht alle Klassen, ich verweise auf das preussische Wahlrecht. Sie vertreten die erste und zweite Abtheilung.

Präsident: Ich bitte bei der Sache zu bleiben.

Abgeordneter Kayser (Freiberg): Ich habe auf den Zuruf des Herrn Abgeordneten Dr. Koster geglaubt antworten zu müssen.

Präsident: Ich bitte, nicht darauf zu antworten.

Abgeordneter Kayser (Freiberg): Meine Herren, ich laun also nur damit schließen, daß ich sage: es freut mich, wenn von der Regierung

und der liberalen Seite solche Gesetzentwürfe eingebracht werden, und wir werden jedem Gesetz, mag es kommen von der rechten oder linken Seite, wenn es uns gut erscheint, zustimmen. Wir halten uns aber noch nicht am Ende und glauben, daß wir noch weitere Forderungen aufzustellen haben für die wahre Befreiung der Arbeitermassen, die eben, ich wiederhole es, nicht im konservativen Privilegium, nicht im liberalen Individualismus, sondern im Sozialismus liegt.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 15. März 1882.

— Janke Ausflucht. Der Sturm der Entrüstung den die beabsichtigten Lohnsätze für die Monopolarbeiter in den Kreisen der Arbeiterschaft aller Branchen erregt hat, wird jetzt durch die elende Anekdote zu beschwichtigen versucht, das seien ja nur Durchschnittslöhne; für Berlin und die übrigen großen Städte sei ein viel höherer Lohnsatz in Aussicht genommen.

Nicht hinzugefügt wird aber, daß der Zuschlag für Berlin u. von den Löhnen für die kleineren Orte in Abzug kommt, diese somit noch weit unter die berühmten 1 Mark 50 Pfennig sinken würden, und daß die Lebensmittel in den kleineren Ortschaften oft viel theurer sind als in den großen Städten.

Bezeichnend ist auch, daß die Diener, die ja gewöhnlich noch allerhand Nebennehmungen haben (Trinkgelder und dergleichen!), durchschnittlich 1050 Mark Gehalt bekommen sollen. Zwar an und für sich auch nicht zu viel, aber doch gerade das Doppelte als die Arbeiter. Allerdings müssen die Diener das Kaputteln aus dem H. verstehen!

— Ein allerliebster Gegenstand plaudert der königlich-preussische „Staatssozialist“ in seiner Wonne über das Tabakmonopol aus. Au demselben freut ihn nämlich ganz besonders:

„Die Eingliederung einer Menge kleiner Staatsstellen (die fast eben so gut als kleine Pensionen bezeichnet werden können) in den Staatsorganismus.“

Freilich, deutlicher kann man den Vierdesel schon nicht mehr präsentiren! Pöschchen für ausgebildete Unteroffiziere, für „bewährte“ Staatsdiener, insbesondere leistungsfähige „Jwaniggeschmungen“, Korruptionsmittel für künstliche Subjekte, wenn der Replikationsfonds nicht mehr vorhält, und so weiter, und so weiter.

Welche erhebende Aussicht für die Arbeiter, welche so glücklich sein werden, in dem Staatsbetrieb Aufnahme zu finden, dort von den Aufsehern in dem berühmten Trübsalston angeschaut zu werden. Es wird eine wahre Wonne sein.

Unbegreiflich, daß sie sich nicht zur Befinnungshöhe eines August Hörig haben aufschwingen können, der im Bismarck'schen Tabakmonopol bereits den selbstthätigen Sozialismus erblickt. Es ist doch gut, wenn man gehörige Augenläufer trägt!

— Sie sind „entrüstet“, die nicht auf Bismarck schwörenden Mitglieder der preussischen Volkswirtschaft. Entrüstet ob der Komödie, die man mit ihnen spielt, entrüstet ob der jämmerlichen Rolle, die man sie spielen läßt. Erst am Tage vor der Verathung des Tabakmonopols sind ihnen die Erläuterungen zu demselben zugegangen, und ansatz, wie sie sich eingebildet hatten, sachverständige Rathgeber der preussischen Regierung zu sein, haben sie sich vom Schwaben Kayser wie Schallender zurechtweisen lassen, die Stoffage für die wohlbedrehtete Majorität abgeben müssen. Das ist in der That zum Erbarmen, noch erbärmlicher aber ist es, daß die Herren eine so „unwürdige“ Rolle ruhig weiter spielen.

— Verunglückte Mohrenwäsche. Der christlich-germanische Fabrikant Emil Wicke, der in Lodz deutsche Arbeiter hatte knuten lassen, weil sie sich nicht willens schinden lassen wollten (vergl. Nr. 7 des „Sozialdemokrat“), hat vor einigen Wochen in deutschen Zeitungen eine „Berichtigung“ erscheinen lassen, in welcher er sich als den reinen Unschuldengel hinstellen suchte, der trotz der Bosheit und Nichtsnutzigkeit der Arbeiter, diesen in jeder Weise beigegeben habe. Leider ist dieser Versuch böse verunglückt, denn die Arbeiter haben die Behauptungen des ehrenwerthen Patrons sofort Wort für Wort schlagend widerlegt. Besonders charakteristisch für die Ausbeutergrundsätze des Herrn Wicke ist der Vorwurf, daß die Arbeiter nicht sofort nach ihrer Ankunft in Lodz an die Arbeit gegangen seien, sondern sich erst einen Tag lang die Stadt besahen hätten. Bei der Erzählung dieses schrecklichen Verbrechens vergißt nämlich der fromme Mann hinzuzusetzen, daß die betr. Arbeiter nach einer 27 stündigen Fahrt im Eisenbahnwagen vierter Klasse, Nachts 1/2, 12 Uhr in Lodz eingetroffen waren und deshalb am nächsten Tage nicht sofort an die Arbeit gehen konnten.

So eine echte Kapitalistenseele kümmert sich indess um solche Grübele nicht, der Arbeiter ist dazu da, sich ausbeuten zu lassen, und jede Stunde, die derselbe nicht ausbeutet wird, schießt er dem Fabrikanten und verdient die Knute.

Was sich die Kapitalisten da erlauben, wo sie ungehindert schalten und walten können, dafür legt ein neuerdings eingetroffener Brief eines in Lodz in einer anderen deutschen Fabrik thätigen Arbeiters Zeugniß ab. Es heißt darin:

„Die Verhältnisse werden hier immer schlechter, so auch in unserer Fabrik, wo sämtliche Deutsche so schlechte Seide auf ihren Stühlen haben, daß wir bei 3/4 pSt. Zusatz kaum unser Leben fristen können. Dazu erhielten wir am heutigen Tage eine Bekanntmachung von unserem Herrn Robert Henker folgenden Inhalts: „Wer von jetzt an noch einmal Streik in der Fabrik anfängt, wird aus der Fabrik weggeführt und erhält Knutenhiebe.“

Wir werden uns den Namen dieser Kanaille merken! Die Arbeiter aber mögen sich hüten, Verlockungen nach Rußland Glauben zu schenken!

— Hundewettrennen ist ein schöner und lustiger Sport, noch viel lustiger aber ist ein großes Hundewett wedeln. Die Fortschrittsführer in Gumbinnen, wo bisher noch alljährlich die Erinnerung an die Märztage gefeiert wurde, werden in diesem Jahre, um der „Verständung“, daß sie nicht Königstreuen seien, entgegenzutreten, ein besonderes Wettedel — parbon Wettestellen mit den offiziellen Festessen der Regierungs- und sonstigen Räte und Anräthe veranstalten, so daß die erlauchte Kreisstadt das erbauliche Vergnügen genießen wird. Vergleiche über die Beschicktheit beim Schwingen des Wedels anstellen.

In der That, sie haben es herrlich weit gebracht, die Fortschrittsführer! 1848 blieben sie ebrüchsvoll beim Throne stehen und freuten sich, daß der König über Nacht plötzlich „liberal“ geworden, heute sind sie glücklich dahin gekommen, sich vor dem König, der ihnen die Hundepetische um die Ohren schlägt, plat auf den Bauch zu legen. Das ist die notwendige Folge jener kraftlosen Opportunitätspolitik, deren ganze Weisheit darin besteht, angeblich die Gegner, thatsächlich aber sich selbst, die eigene Partei und die große Masse des Volkes zu täuschen.

— Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Breslau der Maler Heil zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er in einer konservativ-antisemitischen Versammlung nicht in das Hoch auf den Kaiser eingestimmt hatte. Die „deutschen“ Helden führten sich sofort müßig auf den einzelnen Mann, würdelten ihn zum Saale hinaus und denunzirten ihn — eckelhaft! — hinterher, daß er auch „schwerwiegende Behauptungen“ gegen den Kaiser verübt habe.

Obwohl nun der Gerichtshof dieser letzteren Demuniation keinen Wert beimaß, da ihr die Aussagen von gewichtigen Entlastungszeugen entgegenstanden, so verurteilte er Heil dennoch, weil derselbe bei Ausbringung des Hops auf den Kaiser in demonstrativer Weise sich ergeben, den Kopf nach hinten gestreckt und den Rauch der Zigarre in die Höhe geblasen und eine abwehrende Handbewegung gemacht habe, sich dadurch der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht und dieserhalb mit neun Monaten Gefängnis zu bestrafen sei.

Hunde!

Ueber den Schutz Bed schreibt uns ein Berliner Genosse, daß derselbe seit mindestens einem halben Jahre schon der Polizei regelmäßige Berichte geliefert hat und vielleicht heute nicht erkannt sein würde, wenn er nicht durch die Ungeheuerlichkeit eines höher gestellten offiziellen Kollegen dorthin worden wäre. Wir müssen uns mit diesen Anbeutungen begnügen, da wir natürlich kein Interesse haben, Herrn Madai die Möglichkeit zu geben, daß er sich eines unsäglichen Beamten entledige, der uns noch Dienste leisten kann. Der entlarvte Spigel Bed hat sich Reisegeld nach Amerika erbeten, weil er in Berlin nicht sicher zu sein glaubt. Nun — die Amerikanischen Genossen, in deren Mitte er sicherer zu sein glaubt, werden sich des in sie gesetzten Vertrauens gewiß würdig zeigen. Wir glauben übrigens nicht, daß der Bursche nach den Vereinigten Staaten geht, bitten daher unsere Berliner Genossen, ihn fest im Auge zu behalten und uns über Aufenthalt und Ziel desselben bei Zeiten zu informieren.

Wie kommt Saul unter die Propheten? Wie ist die Union zu solchem Reichthum, zu solch großartiger Verwerthung der in ihrem Grund und Boden verborgenen Schätze gelangt? Nicht zum Geringsten durch ihre freisinnigen Institutionen, welche der Betriebsamkeit freien Spielraum lassen.

Also zu lesen im „Staatssozialist“ Nr. 10 dieses Jahres. Was sich Herr Dr. Albert wohl gedacht haben muß, als er diesen Artikel — anschnitt! Die freisinnigen Institutionen der nordamerikanischen Union besetzen ja doch wohl darin, daß sie — entsehrlich! — kein stehendes Heer, und auch — quel horreur! — kein Königthum von Gottes Gnaden haben! Nachbarin, Care Schnapospulle!

Wegen das Tabakmonopol haben an verschiedenen Orten große Arbeiterversammlungen stattgefunden, in denen auch unsere Genossen zum Wort kamen und sich selbstverständlich energisch gegen die Bismarckischen Gesetze aussprachen. Da die Tageszeitungen über diese Versammlungen bereits referirt haben, und uns Originalberichte nicht zugegangen sind, so halten wir es für überflüssig, auf Einzelheiten noch einzugehen. Es ist weder unser Beruf, noch haben wir Lust dazu, noch einmal wiederzukaufen, was bereits in der „Volkszeitung“, „Frankfurter Zeitung“ u. gezeichnet hat.

Dies zur Notiz für alle diejenigen, welche es angeht.

Herr Nathau Ganz, der als ganz gemeiner Mann entlarvte „Anarchist“, war jetzt durch die sogenannte Presse als Führer der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben keine Lust, unsere Partei mit diesem Hallunken, vor dem wir von Anfang an gewarnt, identifizieren zu lassen und konstatieren daher, daß der Bursche von jetzt an den bestigsten Feinden unserer Partei gehört hat.

Bei dieser Gelegenheit sei der sozialrevolutionären „Gruppe“ in Zürich auf ihre summarische „Aufforderung“ erwidert, daß solange die Diebstahlmoral, welche Herr Ganz und seine Freunde bis in die neueste Zeit hinein in der „Freiheit“ unermüdet predigen durften, nicht ganz energisch desavouirt wird, wir uns nicht veranlaßt sehen können, noch besondere Beweise dafür zu liefern, daß diese Diebstahlmoral auch befolgt wird. Die charakterlose Subjekte, welche sich von uns und unseren Freunden Unterstützung erschlichen haben, indem sie ohne daß man es von ihnen verlangt hätte, feierlich ihre Zugehörigkeit zur sozialrevolutionären Partei in Abrede stellen, haben nur dem Kritiker des Dr. Ganz entsprechend gehandelt. Also nur keine Zweideutigkeit. Entweder — oder!

Einstweilen aber wiederholen wir unsere Warnung vor den „sozialrevolutionären“ Bettelbrüdern auf's Eindringlichste!

Oesterreich. In Brünn findet am Oestern ein mährischer Schiedsrichterstag statt. Die Einladung geht von Genosse Eduard Jacharic in Brünn, Vagarengasse Nr. 3, aus. Auf der Tagesordnung stehen: 1) Die Forderungen der Arbeiter, 2) Gründung von Arbeiterbildungs- und Fachvereinen und allgemeine Krankenkassen, 3) die Presse der verschiedenen Parteien, 4) die achtjährige Schulpflicht und 5) freie Anträge.

Wir wünschen den Proletariern, die dort zusammentreten werden, um ihre Interessen zu beraten, besten Erfolg.

Der Streik in Nürnberg ist beendet; die Arbeiter haben sich leider von dem geriebenen Herrn Zaatz mit allerhand Versprechungen abschlüsseln lassen. Die Energischsten unter ihnen, welche dem Schwindel nicht trauten und ihre Brüder zurückhalten wollten, auf denselben hinzujucken, sind zu mehrstägigen Gefängnisstrafen verurtheilt worden.

Die Erzkatholiken im österreichischen Reichthum haben einen Antrag auf Erweiterung des Wahlsystems auf die sogenannten Hängguldener in den Städten, d. h. auf alle diejenigen, welche jährlich fünf Gulden direkte Staatssteuer ohne Zuschläge bezahlen, eingebracht. Diese Wahlreform würde somit lediglich die ihren Aspirationen nach reaktionären Kleinwerkbtreibenden in den Kreis der Wahlberechtigten ziehen. Kein Wunder, daß die Liberalen nur sehr ungern auf die Sache eingehen, und doch müssen sie, da die Merkmalen die Majorität auf ihrer Seite haben, gute Miene zum bösen Spiel machen.

Für die Arbeiter hat diese „Wahlreform“ die Bedeutung, daß sie eine Klasse, welche bisher wenigstens politisch mit ihnen gegen die bevorrechteten Klassen Front machte, vollständig von ihnen trennt und in den Kreis der letzteren einfließt. Dadurch wird ihnen der Kampf ungewiss, noch schwerer gemacht werden, prinzipiell kann er dagegen nur gewinnen. Die intelligenteren Elemente der Kleinwerkbtreibenden werden doch bald dahinter kommen, daß in der heutigen Gesellschaft es Rettung für sie nicht gibt, und von der Ehre, zu den Privilegirten zu gehören, wird Niemand satt.

Aus dem Paradies der Trinkgeldbeamten berichtet man uns folgende Praxis der vereinigten Polizei-, Zoll- und Postdiensgesellschaft: Vor einigen Wochen wurde in Rumburg (Deutschböhmen) ein Sozialist harrig, wobei die Parteigenossen von nah und fern sich zahlreich betheiligten und viele Kränzen am Grabe niederlegten. Die Behörden des Ortes schienen wenig erbaut über diesen Vorgang, den sie trotz ihrer „Allmacht“ nicht verhindern konnten, ohne das „Uebel“ „länger“ zu machen, und deshalb arrangirten sie ein solches Briefverbot, daß schon am Tage nach der Beeridigung der Leiche des Verstorbenen „zur Entgegennahme einer zollpflichtigen Postsendung“ aus Hauptpostamt befohlen wurde. Da derselbe keine Gefahr für die öffentliche Ordnung zu sein hatte, versetzte er sich an Ort und Stelle, wo es sich herausstellte, daß die Spürhunde einen einfachen Brief, „aufgetrieben“ hatten, welcher an einer deutsch-schweizerischen Grenzstation angekommen war und von dem Bruder des Adressaten, der in der benachbarten Schweiz arbeitete, in Deutschland abgegeben wurde, um Porto zu sparen. Der „Zollpflichtige“ wurde geöffnet und enthielt, zum großen Bedruß der l. l. Schnappphäre, einen schlichten Familienbrief. Das besondere Merkmal seiner Zoll-

pflichtigkeit war also der Briefpoststempel und die Adresse eines Sozialisten. Die sehen, unsere „Abruzzianer“ brauchen keine offizielle Briefsperrre für die Nothen, dazu haben wir hier das „objektive Verfahren“ der Zollrevision auf Auslandsbriefe. Die Beamten-Drinkgeldpolitik in Oesterreich weiß sich mit der Heiligkeit des Briefgeheimnisses höchst gefällig abzufinden. Aus Deutschland kommende Briefe, besonders wenn sie an „kleine Leute“ gehen, sind natürlich an sich schon „jollverdächtig“ und deshalb liegt auch die Praxis nahe, die wenige Tage später mehrere „Sozialdemokraten“ unter Briefposten den bluttschneidenden Zollägern in den Rücken trieb. Unsere Zollämter sind thatsächlich nichts anderes, als gutbediente „schwarze Kabinette“ zur Brieferschreckung, wonach zu achten ist. Daß die dummen Erbschaftssteuerer den Segen unserer „außerirdischen“ Staatsanrichtung und ditto Staatsdiener nicht begreifen, liegt jedenfalls nur daran, daß sie nicht lesen und keinen Brief schreiben können.

Amerika. Der Staatsanwalt Porter hatte sich in seinem Maidoyer gegen Guiteau zu der Kennerung bemüht gefunden, daß hofentlich die Zeit nicht mehr fern sei, in welcher alle christlichen Regierungen eine internationale Vereinbarung treffen, um, wie er sich ausdrückte, politischen Mordern kein Plätzchen mehr auf der Erde zu gewähren.

Unsere Genossen in Cincinnati haben am 20. Februar gegen diesen, für einen Bürger der nordamerikanischen Freistaaten unwürdigen Ausspruch in einer sehr gut besuchten Massenversammlung Protest eingelegt. Genosse Schumann sprach in englischer, Emil Hoffmann, E. Schumann und Andere in deutscher Sprache. Einstimmig wurde ein energisch gehaltener Protest angenommen, in welchem es u. a. heißt:

„Wollen wir politischen Mordern das Asylrecht verweigern, so müssen wir Verträge eingehen mit antirepublikanischen Regierungen. Man gedenke aber vorher der unglücklichen Menschen, welche durch den Mordtödt eines russischen Zaren in den Bergwerken Sibiriens schmachten, nur deshalb, weil sie es wagen, das zu wollen, was uns lieb und theuer ist — die Republik, man gedenke der braven Männer, die der deutsche Kaiser Wilhelm nach der 48er Revolution erschließen ließ, nur deshalb, weil sie dasselbe thaten, was die Gründer unserer Republik gegen England vollzogen, man gedenke der unglücklichen Menschen, welche der Usurpator Napoleon der Dritte nach Cayenne deportiren ließ, weil sie es wagten, die Republik zu wollen, man gedenke des heimtückischen Planes Napoleons des Dritten, die Republik Mexiko zu stürzen, und uns einen Kaiser als Nachbar einzusetzen zu wollen!“

„Sollen wir, um das Leben solcher Schensale zu schützen, uns zum Heuler der Freiheit anderer Völker herabwürdigen? Ist ein Mensch, der aus den reinsten Motiven seine Mitmenschen von einem solch politischen Scheusal befreit, als ein Mörder zu betrachten? Dann hat Schiller im Wilhelm Tell einen Mörder bezeugt! Dann ist es nicht wahr, daß Tyrannemacht eine Grenze hat. Sollen wir es übernehmen, einen Patrioten seinem Heuler anzuliefern und so unsere Republik, die durch die Hingabe und Aufopferung eben solcher Männer von dem Fluch eines Despoten befreit wurde, zum Jagdgrunde für unmenschliche Ungeheuer herabwürdigen?“

„Sei es deshalb beschlossen, daß wir jeden Versuch, das Asylrecht für politische Flüchtlinge zu verklären, als anti-republikanisch verdammen.“

Beschlossen, daß, wo es dem Volke bei grausamer Strafe verboten ist, seine Meinung zu äußern, oder sich auf gesetzlichem Wege gegen die Anmaßungen seiner Tyrannen zu schützen, es kein anderes Mittel gibt, als die Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen.“

Genosse Ed. Hoffmann in Cincinnati (Ohio) hat bei R. Schumann, daselbst, ein interessante Studie „Ein Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage“ erscheinen lassen, deren Kerntrug zur Unterfuchung der in Deutschland gemäßigten Genossen bestimmt ist. Diese Broschüre, deren Verfasser in der Vorrede betont, daß er kein „Gelehrter“, sondern ein Arbeiter (Schlosser) ist, ist nicht etwa einer jeder quadsalberhast „Beitrag“, wie sie in Deutschland sich jetzt Schandeweise in der Presse und Literatur breit machen, und welche weniger die Arbeiterfrage zu lösen als hinauszuweisen geeignet sind, sie ist vielmehr ein sehr achtbarer Beitrag zum Verständnis der Arbeiterfrage. Der Verfasser kommt am Ende seiner Erörterungen zu folgendem Schlusse:

„Die kapitalistische Produktion muß erst gegenstandslos werden, d. h. muß ihren Zweck der Ausbeutung, nicht mehr erreichen können, ehe sie ganz befeitigt werden kann. Durch die planmäßige Abkürzung der Arbeitszeit wird dies erreicht und werden zunächst alle nöthigen Vorbereitungen zur genossenschaftlichen Produktion geschaffen.“

Korrespondenzen.

Barmen, 10. März. Gestern Abend ist hier der Staat wiederum gerettet worden. Frau Guillaume-Schad hielt ihren bereits in Nr. 9 erwähnten Vortrag über die Prostitution auch im hiesigen evangelischen Vereinshaus, dem gewöhnlichen Versammlungsorte unserer braven Mader. Das Publikum gehörte vorwiegend den mittleren und unteren Ständen an, die Hantelvolle glänzte durch ihre Abwesenheit, wie sehr natürlich, denn die Herren sind nicht gerne an ihre Sünden erinnert! Unter die fromme Herde hatten sich indes auch einige rüudige Schafe eingeschlichen. Da Frau Guillaume aus ihrer Weisheit letzten Schlus scharte Strafparagraphe verlangt hatte, erhob sich sofort bei Eröffnung der Diskussion der anwesende Genosse Oppenheimer und führte aus, daß die Prostitution nur ein Theil der Keuschheit sei, die am Körper der Gesellschaft nagt. Diesem Uebel könne durch Strafparagraphe nicht gesteuert werden; der beste Beweis dafür sei, daß die §§ 180 und 181 des Strafgesetzbuches, welche diesen Gegenstand behandelten, sich durchaus wirkungslos erwiesen, ja nur zu einem Zustande polizeilicher und juristischer Willkür geführt hätten.

Schon bei Beginn von Oppenheimer's Rede ließ der anwesende Polizeikommissar Voigt (der sich von Salomo dadurch unterscheidet, daß er den Beinamen „der Weise“ nicht verdient) Spuren größter Verlegenheit bemerken. Er konnte im frommen Vereinshause der Gräfin Schad gegenüber doch nicht wohl das Sozialistengesetz anwenden, und doch war er außer sich darüber, daß Oppenheimer, dem er jedoch noch eine Versammlung über das Tabakmonopol verboten hatte, nun hier zum Worte kam. Endlich verließ sein zermartertes Gehirn auf einen Ausweg. Er erklärte, es sei nur ein Vortrag polizeilich angemeldet, also könne er eine Diskussion nicht gestatten. Alseits verwunderte Gesichter! Und die Geschichte war am Ende.

Bei der letzten Fingbiattvertheilung (s. Nr. 8) war nur ein Mann, ein Schriftfeger Namens Hülle, verhaftet worden, nicht mehrere, wie es zuerst irrthümlich hieß. Hülle wurde nach einigen Tagen auf Beschwerde wieder aus freier Faust gesetzt. Sein fortschrittlicher Brober, der Berleger und Redakteur des hiesigen offiziellen Fortschrittsorgans, erklärte sich fortschrittlich, ihn nicht mehr beschlagnahmen zu wollen. Neuerdings ist H. auf Anordnung des Oberlandesgerichtes Köln wieder in Untersuchungshaft genommen worden. Er soll mit aller Gewalt das hiesige Fingbiatt nicht nur verbreiten, sondern auch verfaßt haben, eine geradezu lächerliche Annahme, die indessen unseren „Gerechtigkeits“-Hegern genügt, einen Familienvater in's Gefängnis zu werfen! Klassenjustiz, die alte Geschichte, die ewig neu bleibt!

Ueber „Arbeiterversicherung“ oder „Tabakmonopol“ darf hier sozialistischerseits laut Befehl der Hochlöblichen nicht gesprochen werden von wegen „Unklarheit der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.“ So zu lesen in den Polizeibeschlüssen, wonach zwei von Genosse Oppenheimer angemeldete Versammlungen auf Grund des bekannten § 9 verboten wurden. Ein schönes Stück von Staat, das so leicht in Gefahr gerät! Daß die Verbote, für deren Bekanntheit gesorgt wurde, dem heutigen Polizeikommissar neue Sympathien erworben haben, glaubt selbst der dümmste hiesige Polizist schwerlich.

Gegen Oppenheimer schweben zur Zeit nicht weniger als drei Prozesse, darunter die große Beschuldigung wegen Teilnahme am Wübener Kongreß, die sich nun seit Jahr und Tag im Stadium der Schwurgerichtshof, d. h. der Voruntersuchung, befindet und bereits einen riesigen Aktenbündel zur Welt gefördert hat. Außerdem noch eine ziemlich unbedeutende Affäre in Jserlohn aus Anlaß der dortigen Erlasswahl. Unsere Inanspruchnahme der Redefreiheit wird nämlich polizeilicherseits als „grober Unfug“ bezeichnet. Ferner ist neuerdings eine Klage eingeleitet wegen eines Tabakhausgesprächs vom 14. Oktober v. J., in welchem Oppenheimer das Manipuliren der Polizei kennzeichnete. In den Akten wird mit einer Schamlosigkeit sonder Gleichen angegeben, daß ein in Zivil gekleideter Polizist im Gange gehorcht und sich Notizen gemacht habe, welcher Umstand indeß O. seinerzeit bekannt war. Falls es zu einer förmlichen Verhandlung kommt, wird dafür geforgt werden, daß auf das Treiben der polizeilichen Polizei reiches Licht geworfen wird, was freilich unsere total verpumpten Spießbürger wenig aufzurütteln vermag. Bemerkenswert sei, daß O. zum ersten Verhöre zum Polizeikommissar vorgeladen wurde, dort aber kurz und bündig nach Anbörung der Polizeiprotokolle erklärte, nur dem Richter im Verhöre Rede zu stehen, was dem Polizisten etwas ungewohnt war.

U. Winden i. Westph., 20. Februar. In unserem Orte ist der Krach eingezogen und mit einer Wucht, die uns sehr schwer trifft, denn hier ist außer der Zigarrenfabrikation weiter keine Fabrik als eine große Klempnerci, wo 80 Mann beschäftigt werden und die zum 26. Februar ihre Arbeit niederlegen müssen, wegen Bankrott des Geschäftes. Dann haben wir hier noch die Schneiderei, was bisher das Beste war. Auch diese ist bankrott, wodurch die besten Kräfte schwer leiden müssen. All dieses hat die Verhältnisse hier so schlecht gemacht und zerrüttet, wie kaum wo anders. Darf mir's glauben, daß ich mich auf Erfahrung und genaue Prüfung dieses Zustandes stütze und ohne jeden Pessimismus urtheile. Wollte ich in die genaue Darlegung aller Einzelheiten eintreten, so würde man sich wundern, unter welcher unerhörten Zuständen wir unsren unbegreiflichen Widerstand hier fortsetzen. Wir senden heute auch etwas für unsere russischen Brüder zum „rothen Kreuz“. S' ist nicht groß, aber Alles, was möglich ist unter diesen Umständen. Außerdem wollen wir nicht zurückbleiben mit unsern sonstigen Beschäftigungen. Was wir über unser Abkommensgeld fürs 1. Quartal und für Schriften senden, das soll für unsere Sache verwendet werden, wo es am Nützlichsten ist. Ich sende diesmal das Geld mit einem kleinen Fragebogen. „Nach der Deutung frag' mich nicht!“ Jawohl, wenn wir nun einmal Roth und Fleck schleppen müssen, so soll's erst recht für unsere Sache sein. Unterliegen soll uns die Beutelschneiderei-gesellschaft nicht!

Uebtan bei Dresden. Am 27. Januar d. J. hatten wir am hiesigen Orte eine Gemeinderathswahl, bei welcher Gelegenheit die Liste der Sozialdemokraten mit nahezu doppelter Stimmenzahl über die der Gegner siegte. Der Kampf war ein äußerst heftiger; Gewerbeverein, Ortsverein, Militär- und diverse Gesangsvereine, d. h. die „Leiter“ derselben, alle reichten sich kräckerlich die Hand, um die verurtheilten Sozialdemokraten aus dem Felde zu schlagen. Besonders der Leitthumel des Ortsvereins, Handelsräthler Richter, eine echte Hühnabeschnauze, gab sich alle erdenkliche Mühe, um den Sieg zu entreißen. Von Haus zu Haus gehen, dabei auch sich schimpfend, vertheilte er die Listen; im „Völkchen Anzeiger“ erließ er ein Kommando, in welchem die Thätigkeit unserer zeitlichen Vertreter einer abschälligen Kritik unterzogen und denselben der Verworf gemacht wurde, sie hätten die Pläne in das Korn geworfen und wären davon gelassen; daran wurde zum Ueberflus auch noch die Bemerkung geknüpft, die Reuigangselisten unserer Partei würden nicht besser sein als die „Davongelassenen“. Der gute Mann ahnte wohl kaum, daß er mit seinen Schimpfereien und Verleumdungen gerade das Gegenheil von dem errichten würde, was er erreichen wollte. Denn daß die Herren die Rechnung ohne den Wirth, ohne eine große Anzahl von Mitgliedern der betr. Vereine gemacht hatten, geht daraus hervor, daß unsere Kandidaten diese Stimmen von der gegnerischen Liste auf sich vereinigen. Unerbört! Sozialdemokraten im Gewerbeverein, Sozialdemokraten im Orts- und Militärverein, da möchte einem ja graulich werden! Als das Resultat veröffentlicht und die Namen unserer Genossen Horn, Kretschmar, Gottschall, Kunze, Kühne und Schaarshmidt als die Bewählten verlesen wurden, da bemächtigte sich der Herren eine solche Niederergelagenheit, daß sie förmlich die Röhre hängen ließen. Doch noch ein Hoffnungsstimmchen leuchtete in den Augen des besagten Handelsräthlers auf: Horn ist ja nicht Sachse und steht nicht in den Wählerlisten! Hurrah! Protest, Ungültigkeit der Wahl — so kriegen wir doch wenigstens einen von unserer Liste in die Gemeinderathswahl. — So dachte unser Erbitterter. Als ihm aber Genosse Horn seinen Aufnahmeakt in den sächsischen Staatsverband vor die Nase hielt, machte der Herr ein so dummes Gesicht wie der Mabe in der Fabel, dem der Fuchs den Käse abgemolkt hatte.

Nachträglich hat der Herr aber doch Protest gegen die Wahl Horn's eingelegt, weil Horn wirklich nicht in der Wählerliste stand. Die Schuld hieran liegt aber an dem Gemeindevorstand Reinhardt, einem rohen, dabei pöthlich- und ehrvergessenen Menschen, wie ich später noch weiter ausführen werde. Genosse Horn hatte sich nach Ablegung des Verfassungseides zu dem betr. Beamten begeben, welchem die Aufstellung und Nachtragung in die Wählerliste übertragen war, um seine (Horn's) Nachtragung zu verlangen, wurde aber kurz abgewiesen, da es zu spät sei. Dies war am 25. Januar Vormittags. Nach der amtlichen Bekanntmachung hatte aber Jedermann, der nicht in den Wählerlisten stand, das Recht, sich noch am 26. nachtragen zu lassen. Als sich Horn bei dem Gemeindevorstande melden wollte, hieß es, derselbe sei abwesend. Trotz wiederholter Aufforderung zur Nachtragung wurde seinem Verlangen nicht Folge gegeben. Die Sache liegt nun zur Entscheidung der Amtshauptmannschaft vor, doch dürfte nach Lage der Sache die Giltigkeit kaum angezweifelt werden können. Unzweifelhaft gibt dieser Fall, der ein Präjudiz schaffen wird, Gelegenheit, die Lüdenhaftigkeit der revidirten Landgemeinde-Ordnung darzutun und — zu neuer Reform derselben an den Vantag die geeigneten Anträge zu stellen, da Horn jedenfalls auf einen etwaigen abschlägigen Bescheid seitens der Amtshauptmannschaft, Beschwerde bei der Kreisamptmannschaft, beziehungsweise bei dem Ministerium führen wird.

Nun zu „unserem“ Reinhardt. Früher hieß es einmal: Bed ist weg; heute heißt es: Reinhardt ist weg, und zwar, nachdem er namhafte Unterholzungen von Gemeindegeldern, Betrügereien und Schwundeleien verübt hatte. Zwar hieß es, der Lump sei an die Staatsamptmannschaft eingeliefert worden, andern Gerichten zufolge soll sich derselbe jedoch auf freiem Fuße befinden. Er ist ja kein Sozialdemokrat, wenigstens er die Gemeindegelder „geholt“ hat! Bildung und Anstand waren niemals seine guten Eigenschaften, denn wenn der Kerl die hiesigen Anwohner zu erpediren hatte, da regnete es von Lumpen, Galgenohren, Tauchenschle, fiederliches Gesindel u. s. w. Freilich sah er sich seine Leute erst an, gegen bekanntere Sozialdemokraten magte er es nicht, vor denen hatte er immer gewissenhaften Respekt. Einer alten Wittwe hat der Galgenvogel ein Sparkastenbuch abgeschwindelt, um eine angelegliche Ration stellen zu können. Der Taugenichts geböhte auch einem Gesangsverein an und hatte es als Schwundler fertig gebracht, eine ganze Reihe seiner Gesangsloslegen um namhafte Beträge, wie 50, 100 Mk. und noch mehr zu beschwindeln. Wo der Lump das Geld hingebraht hat, ist Allen ein Räthsel, da er ein jährliches Gehalt von 1200 Mark nebst andern Nebeneinkünften hatte. Hätte allerdings eine genügende Kontrolle stattgefunden, so hätte dieser Fall nicht eintreten können, jedoch Sozialdemokraten zu kontrolliren, zu denunziren und zu verurtheilen, dazu sühnt sich Mancher berufen, aber dafür zu sorgen, daß den Volksbetrügern auf die Diebstahlsger gehen werde, das ist diesen guten Staatsbürgern zu „peinlich“.

Hoffentlich wird dem Nachfolger des v. Reinhardt die Gelegenheit, Verantwortung auf Kosten des freuzerzählenden Volkes zu begeben, nicht so leicht gemacht, wie seinem Vorgänger, obwohl ich nicht im Geringsten daran zweifle, daß er ein ehrlicher und gewissenhafter Beamter sein wird, indeß: Vorsicht ist in allen Dingen gut, und diese zu üben, dazu haben wir alle guten Grund. Im Uebrigen werden unsere Vertreter dafür sorgen, daß eine strenge Kontrolle im Gemeindegeldwesen geführt werde.

Aus dem sächsischen Erzgebirge. Daß wir Arbeiter durch das Sozialistengesetz in eine schlimme Lage gerathen sind, brauche ich nicht lange auseinanderzusetzen. Wir Arbeiter sind z. B. gar nicht mehr im Stande, uns zu versammeln und darüber zu beraten, was nun zu thun ist. Wir haben so die Ueberzeugung gewonnen, daß uns keine Versammlung, auch keine zur bloßen Besprechung unserer Lage, erlaubt wird. Und würde uns wider Erwarten auch eine Versammlung erlaubt, so müßte dies doch wenig, denn unsere elende Lage können wir nicht besprechen, ohne dem Ausnahmegeetze zu nahe zu kommen; und dann würde sofort aufgelöst. So müßten wir bei einer wöchentlichen Versammlung in der Höhe des Wortausstufes über unsere Lage enthalten. Dabei gehen wir aber zu Grund; unsere Existenz geht verloren. Die Reichthümer, die noch so viel Geld haben, daß sie fortzukommen, ziehen nach Amerika, wo es kein Ausnahmegeetz gibt. So werden viele Wohnungen leer, und die Hausbesitzer, hier meist selber arm, leiden schwer und kommen mehr und mehr zurück. Mancher Reichthümer kann den Reichthümern gar nicht mehr anbringen.

In unserer kleinen Gemeinde (etwa 1500 Einwohner) haben wir 4000 Mark Steuerrückstände, und dieselben wachsen von Tag zu Tag. Die Gemeinde hat kein Geld mehr, und die Gemeindevorsteher stehen ratlos da.

So ist es nicht bloß bei uns — auch in anderen Gemeinden ist es so und wohl noch schlimmer.

Und dennoch dürfen wir nichts sagen. Ausnahmegeetz und Polizei stoßen uns einen Knebel in den Mund. Das sind die schlimmsten Zustände des deutschen Reichs, und da soll der Arbeiter noch Liebe zum Vaterland haben?

(Wir haben diesen Brief, der aus dem 17. sächsischen Wahlkreise kommt, ganz unverändert abgedruckt, weil er die durch das schmachvolle Ausnahmegeetz hervorgerufenen Zustände und Stimmungen in einem konkreten Fall zu klarer Anschauung bringt. Der Ton scheint etwas gedrückt, und ist es wohl auch. Man vermisst den Ausdruck des Jorns, der Empörung. Das erklärt sich eben aus den lokalen Verhältnissen. Der Briefschreiber — der beiläufig Obiges nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt hatte — ist einer unserer bravsten Parteigenossen und wird vor seinem Opfer, vor seiner Aufgabe, welche die Parteipflicht ihm auferlegt, zurückweichen. Aber er lebt in einem einamen Weibsdorf, und obgleich es ihm dort nicht an Genossen fehlt, und er auch, soweit es ihm möglich, den Verkehr mit der Partei pflegt, so hat er sich doch von jenem Gefühl der Gebrechlichkeit nicht ganz fern gehalten, das über den Stärksten und Muthigsten kommen kann, wenn er sich einer erdrückenden Uebermacht gegenüber sieht. In diesen kleinen Gemeinden herrscht der Mangel allmächtig. Da gibt es keinen Widerstand, keinen Widerspruch, keinen Appell. Wer nicht gehorcht, oder sich duckt, ist ein verlorener Mann. Hunderte haben es probirt, und Hunderte sind um ihre Existenz gekommen.)

Wer in den großen Städten, selbst mit dem „kleinen Belagerungszustand“ lebt, kann sich von diesem Gefühl der Verlassenheit keinen Begriff machen. In den großen Städten, sogar in Dresden und Berlin, kann die Polizei, können die Behörden sich nicht herausnehmen, was sie sich ungenirt und ungekräft auf dem Lande heraus nehmen; sie stehen unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung und müssen wenigstens den Buchstaben und Schein des Gesetzes wahren, was auf dem Lande nicht nachwendig. Und die Genossen in den großen Städten, die trotz Polizei und Spitzelthum, in täglichem Verkehr mit einander und — durch die, den Dorfbewohnern schwer zugänglichen Zeitungen — mit der Gesamtpartei verbunden, die Stärke und das Wachstum der Partei sehen, die Grenzen der feindlichen Macht und Willkür sehen — sie fühlen sich frei, sie fühlen sich unüberwindlich, und jede neue Niedertracht der Feinde ist nur ein Sporn zu kräftigerem Handeln, zu begehrter Propaganda.

Hieraus erklärt sich, warum bei den letzten Wahlen die Partei in den großen Städten so überraschende Erfolge aufzuweisen hatte, während auf dem Lande selbst in den besten Wahlkreisen, wie in dem 17. und 19. sächsischen, das Resultat ein so ungünstiges war. Dieser Unterschied, der nur ein äußerlicher ist, und nur in äußerlichem seinen Grund hat, darf uns nicht ungerecht machen gegen die Genossen auf dem Lande. Uebrigens sind ja auch auf dem Lande die Verhältnisse sehr verschieden.)

Konstanz, 27. Februar. Bei einem hiesigen Drechsler Namens Weigel und einem gewissen Petermann wurde dieser Tage gehandelt. Weigel, ein „Schwarzer“ schönster Sorte, ging in seiner Kasse zum Amtsrichter, um sich zu rechtfertigen (allgemeine Heiterkeit), worauf ihm dieser sagte, es seien in Stuttgart verbotene Zeitungen („Der Rebell“) an ihn (W.) abgehandelt worden, wovon die Stettiner Post die hiesigen Behörden benachrichtigt habe, und deshalb habe man einzuschreiten beschlossen.

Gesehen wurde bis jetzt noch kein solcher — „Rebell“ hier. Wahrscheinlich ist er hinter den Kulissen wieder verschwunden, von wo er auch hergekommen sein mag. Es wird zwar erzählt, der Zentralvorstand der Tischlerklasse in Hamburg habe an alle Präsidialbeamten dieser Klasse in Deutschland per Zirkular berichtet, daß die Adressen der meisten davon in unsaubere Hände gerathen und zum Verfaule von „Rebellen“ benützt worden sein sollen, jedenfalls um die Klasse zu schädigen.

Daß eine „sozialrevolutionäre That“ hierbei in Betracht kommt, wird weniger vermutet, dagegen scheint der „anerkannteste Deutscher“ der Stettiner Post (Rader) in diesem Falle auf eine andere Weise hinzudeuten.)

Daß die Stettiner Post eine so feine Nase gehabt hat, dort ausgegebene Sendungen auf ihren „rebellischen“ Inhalt hin unter tausendfachen Poststempel herauszuknobeln, glaubt nicht einmal unser Professionsstüpler Fries und der verheißt doch. Und warum soll sich in Stettin nicht auch ein „Schuhmann“ Fiser anhalten, der sich durch seinen Fries einige Ladungen „rebellische“ Schriften um theures Geld an der Bezugsquelle bestellt, durch ihn „schmuggeln“ und sie erwisch werden läßt, um als „Erwischer“ zu avanciren? Daß unser Fiser trotz seiner „Berdienste“ ein Rückwärtsanancement nach Freiburg erlebt hat, gibt zu denken, während sein Spießgeselle Fries für gewisse „achtbare, angesehene Leute“ noch stott herumtappelt und mit seiner Helmschutze veremmiert, wozu die ganze Stadt (samt Polizei und Amtsrichter). Ebenso, daß Fries gewisse Ladungen von „verbotenen Schriften“ für unseren Fiser aus der Schweiz bestellt, „hinübergeschmuggelt“ und an der Grenze „dienstfreundlichen“ dem F. übergeben hat. Unsere hiesige „Konstanzlerin“ meldete damals, daß ein völlig unbekannter Mann beim Aufgeben und Verpacken auf der Güterhalle die Fische in die benachbarte Schweiz ergreifen habe, weil — der „schlame Fiser“ den Braten noch und bagawischen kam. Abends wurde in der „Sonne“ hier das Fingergeld zwischen dem „glücklich entkommenen“ Fries und dem braven Fiser brüderlich getheilt. Und fings ging's andern Tags an's Hausgehen, Verhasten und Projessiren der „Verdächtigen“, worunter natürlich die Sozialisten den Vorzug verdienen.

So wird's gemacht, an der Grenze wie im Innern, um dem alten Rabai den Humor nicht zu verderben und den Beutel offen zu halten. Rasen seht's zwar genug von Berlin und unser Amtmann will sogar vor einiger Zeit mit eigenen Augen den sozialdemokratischen „Heldposten“ hier selbständig nachsehen haben. Tags darauf mußte die ganze Schutzmannschaft antreten: „Lumpen und Bummel sind ihr!“ — hieß es da — „herumlumpen und laufen in den Kirchhöfen, das könnt ihr, aber weiter nicht. Deshalb treiben die „rothen Halunken“ ihr Wesen ungehindert bei Tag und bei Nacht. Erst gestern habe ich ihren „Hauptmann“ mit eigenen Augen frech in der Stadt herumlaufen sehen“ etc. etc.

Hu! Herr Amtmann! Warum haben Sie ihn denn nicht „mit eigenen Augen“ verhaften lassen? Ist vielleicht Ihre Wuth auch „bestellte Wuth“? Der Teufel mag den Konstanzen und Stettinern trauen, solange Kaltenbach und Rabai so seine Preise bezahlen, um den „Gottbegnadeten“ von Berlin und Umgegend das Gruseln zu lehren.

*) Der „Rebell“ ist Weigel's, Polizeimache und sozialrevolutionäre „That“. Es ist ein Versuch, unter veränderter Flagge dort wieder Eingang zu finden, wo man trotz aller Selbstanklagen das Vertrauen gründlich erschüttert hat. Daß schon die erste Nummer des „Rebell“ mit Polizeireisende durch ganz Deutschland reiste, ist allerdings nicht sehr verwundernd, und so wird es wohl noch einiger Selbstanklagen bedürfen, ehe seine Wälder ihren Zweck erreichen.

Aber nicht allein in diesem Genre vertheert die hiesige Polizei ihre „Triumphe“, auch noch in anderer, nicht weniger interessanter Weise wissen diese Helden unsere gute Stadt zu einer wahren Hochschule für Polizeischule zu gestalten. Konnte doch der durch seine Rohheiten und Brutalitäten längst bekannte, stets im Alkoholdunst wandelnde Erzähler Kromer jahrelang sein Umwesen treiben. Daß dieses Muster eines Schutzmanns gar oft Mädchen aus irgend einem vom Jorne gebrochenen Grund verhaftete und sie dann, nachdem er seinen Willen erreicht hatte, wieder laufen ließ, war hiebekannt! Ja nicht einmal immer ließ er diese Opfer wieder laufen, sondern es kam vor, daß er sie erst recht noch „vorführte“, und ein solches Opfer in diesem Falle die Anzeige von seinem Gebahren machte! Der betreffende Referendar aber, eingedenk des Spruches: Gleiche Seelen dürfen einander nicht kompromittiren! nahm keine Notiz davon. Als es dieser Held denn doch zu bunt trieb, da versetzte man ihn! Man hatte, scheint's, nicht den Muth, den Kerl einfach zum Teufel zu jagen, wie er es längst, wenn nicht noch mehr, verdient hatte!

Kürzlich wurde hier auch ein durch seine unsinnige Verschwendung und Prahlerei längst bekannter Schuster wegen fortgesetzter gewerbmäßiger Hebleri verurtheilt. Trotzdem es Jedermann, der den Verurtheilten näher kannte, längst bekannt war, daß er sein Geld nicht auf dem „Dreibein“ verdiente, trieb er es eben doch manches Jahr. Ein offenes Geheimniß aber ist es hier, daß diese Thätigkeit des Genannten einem hiesigen Polizeisergeanten (Schwager des Verurtheilten), der sich besonders die Jagd auf „Rothwild“ angelegen läßt, nicht unbekannt sein konnte und eine bei diesem Polizeisten allemal's stattfindende Haus-suchung ganz andere Sachen als sozialistische Schriften zu Tage fördern dürfte, worüber der im Käfig sitzende Hebler vielleicht Aufschluß geben könnte. Lieb Konstanzen, magst ruhig sein!

Grasshüpfer.

Deutsche Sozialdemokratie, schläfst du?

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir eine mit L. in U. unterzeichnete Zuschrift folgenden Inhaltes:

Könnten nicht die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz mit einander näher in Verbindung treten, wie früher durch die Centralisation?

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß noch viele deutsche Genossen in der Schweiz von der Organisation der deutschen Sozialisten keine Ahnung haben, obwohl seiner Zeit an sämtliche deutsche Vereine der Schweiz ein Zirkular über die bezüglichen Beschlüsse des Oltener Kongresses ging, welchem eine Anzahl Exemplare des Statutenentwurfes beigefügt waren. Auch später wurden an die Vorstände der deutschen Vereine alle auf die Organisation und Agitation bezügl. Schriftstücke gesendet, ohne daß dieses an einer Anzahl Orte einen Erfolg hatte. Wir fordern also die Genossen in den deutschen Vereinen dort, wo sich noch keine Mitglieder der sozialistischen Organisation angeschlossenen haben, auf, sich zu diesem Zwecke an den Vorsitzenden des Landes-Ausschusses der deutsch-sozialistischen Partei zu wenden. Dessen Adresse lautet: E. Bed, Ruttelgasse 3, Zürich.

Sprechsaal.

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

In Betreff einer Notiz in Nr. 7 des „Sozialdemokrat“ vom 9. Febr. d. J. aus New-York, betrefend Gründung eines Arbeiter-Fortbildungsvereins ersucht Sie der unterzeichnete Gesamtvorstand um gefällige Aufnahme folgender Berichtigung und Erklärung:

Im Sommer 1881 bildete sich aus einer Anzahl Genossen ein Verein Sachsenband, welcher sich als Vereinigung der Unterstützung gemäßigter Sozialdemokraten zum Ziele nahm, dieser Zweck ist ganz und voll erfüllt worden, bis man uns der Sonderblinderei anlagte. Da sich nun unter den Genossen des Sachsenbandes eine größere Zahl Leute befand, welche in Deutschland lange Zeit Mitglieder von Arbeiterbildungsvereinen waren, stellte sich, durch diese Verhältnisse geradezu gezwungen, für diese Leute das Bedürfnis heraus, einen solchen Verein, in Ermangelung eines ähnlichen, zu schaffen. Dieses ist nun auch geschehen, und zwar nicht von den Ausgewiesenen, sondern von Leuten, welche ein Bedürfnis dazu hatten, da die hiesigen Verhältnisse einen solchen Verein als eine Nothwendigkeit erscheinen lassen. (Von den Begründern gehörte nur einer, Kirchner, den Ausgewiesenen an.)

Dieser Verein sieht sich auf der Basis der aufgelösten Leipziger und Dresdner Arbeiterbildungsvereine und gedenkt auch, darauf weiter zu bauen. Der Verein hat zwar viele Anfeindungen, leider sogar von unseren eigenen Parteigenossen, zu erfahren gehabt; doch werden wir und dadurch nicht beirren lassen und weiter arbeiten. Er besteht nun, nach Auflösung des gewissen Sachsenbandes, seit Neujahr d. J. ganz und voll, hat über 150 Mitglieder, hält wöchentliche Vorträge, Fragestunde, besitzt eine Bibliothek von vorläufig 80 Bänden (sauter Geschenke), bestehend in Werken von Marx, Engel, Lassalle, Bebel, Liebknecht u. s. w., hat eine Schule zur Erlernung der englischen Sprache mit 80 Schülern und 2 Lehrern, und beschäftigt, weitere Unterrichtskurse zu errichten.

Dieser Arbeiter-Fortbildungsverein gibt ein Drittel seiner Mitgliederbeiträge an das, von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei eingesetzte Unterstützungskomitee ab und wirkt mit zur Aufklärung und Erkenntniß ihrer Klassenlage und Klassenbewußtsein auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete.

Mit brüderlichem Gruß!

New-York, den 27. Februar 1882.
Der Gesamtvorstand
des Arbeiter-Fortbildungs-Vereins New-York.
Adolf Herold, Stützer bei Leipzig, Präsident.
Friedrich Riehl, Leipzig, Vizepräsident.
Paul Fuhrbach, Berlin, corresp. Sekretär.
Otto Ledwiger, Dresden, Archivar.
Gustav Richter, Berlin, 2. Archivar.
E. Kirchner, Rudolfs-Leipzig, prov. Sekr.
Otto Thiele, Plagwitz-Leipzig, Schatzmeister.
Engelbert Hammer, Finanzsekretär.
Hermann Herold, Stützer bei Leipzig, Vertrauensmann.

Aufforderung.

Jakob Koess, Dreher, aus Gau-Algesheim, wird gesucht. Letzter Aufenthalt: Frühjahr 1881 in Genf. Genossen, welche seitdem von Koess etwas erfahren oder seinen gegenwärtigen Aufenthalt kennen, werden dringend ersucht, uns freundlichst Mittheilung davon machen zu wollen.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Berichtigung.

Die Nr. 10 des „Sozialdemokrat“ enthält einen Bericht aus Dresden über die sächsischen Landtagsverhandlungen, worin mein Angriff auf den sächsischen Minister des Inneren bezüglich des Falles Fiser so dargestellt wird, als habe sich der Minister des Inneren einer Verleumdung schuldig gemacht.

Dies ist falsch. Der Minister des Inneren hat, als er den Fall Fiser seiner Zeit im Reichstag wie geheißen erwähnte, ungewissheit in gutem Glauben gehandelt, er ist aber seitens seiner Unterbeamten gänzlich falsch unterrichtet worden und das war es, was ich zu konstatiren hatte und konstatirt habe.

Von der Ansicht ausgehend, daß unsere Partei sich überall freng an die Wahrheit halten soll und auch nicht nöthig hat, Gegnern gegenüber

zu falschen Beschuldigungen zu greifen, ersuche ich die Redaktion um Aufnahme dieser Berichtigung.

Frankfurt a. M., den 19. März 1882.

K. Bebel.

Briefkasten

der Redaktion. Verschiedene Zuschriften über die Haltung des Parteiorgans, die uns zugegangen, gelangen in einer der nächsten Nummern zum Abdruck. — R. H. in Genf: Ihr Brief war leider in die Abtheilung „Eridigtes“ gerathen, daher die Verzögerung, welche zu entschuldigen bitten.

der Expedition. Schorfe: Fr. 122,84 à Cto. erh. — L. v. U.: Fr. 1,10 dem Agda. zugewiesen. Weiteres im Blatt. — Engelbr. Brooklyn: Fr. 43,55 Ab. 1. Ou. u. Rchfig. erh. Rota folgt. — R. D. Brigg: Swil. 4. — Ab. 1. u. 2. Ou. u. Schft. erh. Abdr. notiz. — H. D. G.: Mt. 1. — i. Schft. erh. Im Weiteren einverstanden. — h. n.: Mt. 3,60 Schft. u. Ab. 1. Erpl. März erh. Hf. mehr. — Valentin: Fr. 2,50 pr. P. S. u. Karten erh. u. gutgebr. — Durch G. i. B. v. H. R. i. Dfdr.: Fr. 1. — d. Ufda. dtd. zugew. — Frbg. i. B.: Mt. 5. — à Cto. Ab. durch G. erh. — Fr. H. Df.: Mt. 3. — Ab. 2. Ou. erh. — Pufelbaube: Schg. u. Hf. eingetr. Weiteres hft. Von E. noch Nichts hier. — K. Sch. Befancon: Fr. 5,60 Ab. 2. Ou. 2 Erpl. x. erh. Abdr. vorgemerkt. — R. R. Königsberg: Mt. 6. — für Schft. erh. Schg. folgt. — J. B. Ku.: Fr. 2,50 à Cto. Ab. 1. Ou. u. Schft. verwendet. — G. i. G.: Gewünshtes folgt. — t. e. Paris: Hf. an D. abgg. am 14/3. — Jürgen Gaardmann: Die Hamburger Post die be haben sich schuldig bekannt. Andere Route ist angeordnet. — Michel Steiber: Hf. v. 13/3 erh. Nachr. erbeten, sobald Weiteres vorliegt. — Ferd. Hf. v. 7. u. 12/3 an E. eingetr. — Mittelpunk d. Welt: Mt. 1,80 d. Ufda. dtd. zugew. Benützen Sie nur die bef. Adresse zu Allem. Hf. mehr. — Baron Zuhler: Fr. 1,25 f. Schft. erh. — G. i. J.: Roushards u. deren Werkzeuge sind nicht berichtigungsfähig. — t. t. Himmel: —: Gewünshtes nochmals fort am 15/3 Mittg. — B. Brf. London: Nachfrg. bewirkt. Nr. 1 nicht mehr da. Weiteres erwartet. —

Zürich Sonntag den 19. März im festlich decorirten Saale des alten Schützenhauses

März-Feier

bestehend in

Konzert der Kapelle „Alpenrösi“, Prolog, Festreden, Deklamationen, Massengesang und von 9 Uhr ab Ball.

Beginn des Konzertes: Abends 6 Uhr. Entrée: à Person 25 Cts.

Alle Arbeiter, sowie überhaupt alle freisinnigen Männer Zürichs und der Umgebung ladet zu dieser Feier ein

Das Festkomitee.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegen genommen bei folgenden Filialen:

Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Hottingen.

Basel Deutscher Verein.

Genf G. Wilhelm, chez Mr. Weber, 34 chemin des Vollandes.

Paris Charles Pampée, 45, rue de la Roquette.

Kopenhagen N Georg Hoffmann, Korsgade 31, 3. S. N.

Antwerpen Ph. Coenen, Dammbruggenstraat 11.

Gent Jan Finjaer, Belgradstraat 36.

Brüssel Bertrand, librairie, Rue du Gazomètre 14.

Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay.

Liège A. Bauer, place St. Séverin 73.

London Communist. Arb.-Bild.-Verein, 49 Tottenham Street, Tottenham Court. Road, W.

B. Breul, 104 Whitfield Street, Tottenham Court Road.

H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square.

F. Jonscher, 365 G. Street.

H. Nitzsche, 548, 9. Avenue, City.

Jos. Strauss, 356 East. 19 Street.

A. Höhne, care of „New-Yorker Volkszeitung“, 184 William Street P. O. Box 3560.

Brooklyn N.-Y. E. A. Engelbrecht, 65 Lorimer Str. E. D.

Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill Street, care of Philad. Tageblatt.

F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street.

Chicago Ill. A. Lanfermann, 401 Divisionstreet.

Cincinnati, O. C. Schumann, 16 Morecer Street

St. Louis Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue.

Lawrence Mass. Louis Martin, 35 Park Street.

Seranton Pa. John Goebel, Maschinist.

Buenos-Aires Rudolfo Mücke, Calle 25 de Mayo 241.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

London.

Verkaufsstellen des „Sozialdemokrat“:

J. W. Goedbloed, Tobacconist, 29 Foley Street, Gt. Tichfield Street-York & Co., Buchhandlung, 131a, London Wall, City.

Mr. Gee, Stationer, 42 High Street, Islington.

Mr. G. Stevens, Stationer, 223 Goswell Road, E. C.

Mr. H. Schackwitz, Friseur, 10 Featherstone Street, City.

Mr. Charles Schmidt, Foreign Provisioner, 17 Gray Street. Silbertown.

Mr. Klotzbach, Friseur, Edward Street, Soho.

Mr. Schaper, Restauration, 41 Greek Street, Soho.

B. Breul, 104, Whitfield Street Tottenham Court Road.

H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square.

Communistischer Arbeiterbildungsverein, 49 Tottenham Street-Tottenham Court Road.

Schweiz. Vereinskassendirektor Zimmermann, Zürich.